

Stand: 20.06.2026 05:13:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5025

"Lehre aus der Münchner Sicherheitskonferenz: transatlantische Zusammenarbeit statt amerikanischer Alleingänge"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5025 vom 19.02.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5074 vom 19.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Lehre aus der Münchner Sicherheitskonferenz: transatlantische Zusammenarbeit statt amerikanischer Alleingänge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die transatlantische Partnerschaft bildet seit Jahrzehnten das Rückgrat für Freiheit, Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität in Bayern, Deutschland und Europa. In dem festen Vertrauen, das Europa und Amerika verbindet, liegt die Grundlage für gemeinsame Werte und eine sichere Zukunft. Wechselseitige Verlässlichkeit muss die Basis sein, um den Herausforderungen einer sich wandelnden Weltordnung mit vereinten Kräften zu begegnen.

Die jüngsten Angriffe der Trump-Administration auf die demokratische europäische Integrität und die einseitigen, unkoordinierten Handlungen des amerikanischen Präsidenten in der Ukraine-Politik zeigen in deutlicher Weise auf, dass außenpolitische Entscheidungen ohne Rücksprache und Solidarität mit den europäischen Partnern getroffen werden sollen. Diese Alleingänge untergraben das gemeinsame Sicherheitsverständnis und schwächen die transatlantische Zusammenarbeit. Der Landtag kritisiert diesen Vorgehensstil in aller Deutlichkeit und ruft zu einem verantwortungsvollen, koordinierten Handeln auf.

In Kontrast zu den Bestrebungen, die durch ein zunehmend unilateral agierendes Washington propagiert werden, bekennt sich der Landtag zum Multilateralismus. Nur durch eine enge, partnerschaftliche und auf gemeinsamen Werten basierende Zusammenarbeit können globale Herausforderungen bewältigt und eine gerechte Weltordnung angestrebt werden.

Die Ukraine steht als Symbol für den unerschütterlichen Kampf um Freiheit, Selbstbestimmung und die Wahrung der internationalen Rechtsordnung. Der Landtag bekennt sich zur fortwährenden Unterstützung der Ukraine – politisch, militärisch, wirtschaftlich und humanitär –, um so einen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit in Europa zu leisten. Es ist unerlässlich, dass bei Gesprächen zwischen Moskau und Washington zur Zukunft der Ukraine die betroffene Nation und ihre europäischen Nachbarn mit am Verhandlungstisch sitzen, denn nur so kann ein dauerhafter, gerechter Frieden erzielt werden.

Der Landtag bekräftigt, dass die NATO das Bollwerk der transatlantischen Sicherheitsarchitektur bildet. Europa muss in dieser Allianz künftig eine stärkere, eigenständige Stimme einnehmen. Nur durch eine verstärkte Mitgestaltung der Europäer im Verteidigungsbündnis kann sichergestellt werden, dass die Interessen des Kontinents in einer multipolaren Welt gewahrt und künftige Bedrohungen entschieden abgewehrt werden.

Freihandel ist der Motor für wirtschaftlichen Fortschritt und Innovation. Im Gegensatz zu den protektionistischen Tendenzen, die in der Politik der Trump-Administration sichtbar werden, setzt der Landtag auf offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen

und fordert auch die Staatsregierung dazu auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen. Nur so kann der Wohlstand gesichert, der technologische Fortschritt vorangetrieben und den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs mit nachhaltiger Stärke begegnet werden.

Begründung:

Die sogenannte „America First“-Strategie der neuen Trump-Administration im konsequenten politiktechnologischen Drehbuch des Rechtspopulismus droht sich zunehmend in der systematischen Priorisierung nationaler Interessen über kollektive transatlantische Bündnisverpflichtungen zu äußern. Ankündigungen, internationale Abkommen neu verhandeln oder gar aufzukündigen – wie im Fall des Pariser Klimaabkommens und der WHO-Mitgliedschaft der USA – senden Signale, dass multilaterale Kooperationen zugunsten kurzfristiger US-interner Ziele geopolitisch untergeordnet werden. Dies untergräbt nicht nur das internationale Vertrauensverhältnis, sondern schwächt auch das gemeinsame Bekenntnis zu einer regelbasierten Weltordnung. Die Europäische Union (EU) sieht sich dadurch gezwungen, ihre strategische Eigenständigkeit zu erhöhen.

Die erkennbare protektionistische Handelspolitik Washingtons, die mit Strafzöllen und Handelshemmnissen einhergeht, trifft auch exportorientierte europäische Industrien. Durch die Einführung von Zöllen auf Schlüsselprodukte würde nicht nur der transatlantische Handel belastet, sondern auch das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität beider Seiten gefährdet – ein Umstand, der den globalen Wohlstand schmälert.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/5025

Lehre aus der Münchner Sicherheitskonferenz: transatlantische Zusammenarbeit statt amerikanischer Alleingänge

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Christoph Maier

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Florian Köhler

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

Verteidigungsfähigkeit stärken - transatlantische Verbundenheit bewahren:

Lehren aus der Münchner Sicherheitskonferenz ([Drs. 19/5003](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Markus

Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Lehre aus der Münchner Sicherheitskonferenz: transatlantische

Zusammenarbeit statt amerikanischer Alleingänge ([Drs. 19/5025](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Wochenende fand die Münchner Sicherheitskonferenz statt. Ich denke, das war eine echte Zeitenwende. Das war eine echte Zeitenwende; denn seit dem letzten Wochenende können wir nicht mehr darauf vertrauen, dass das, was uns knapp 80 Jahre lang Frieden und Freiheit beschert hat – nämlich ein unverbrüchliches Band mit unseren amerikanischen Freunden und Sicherheitsgarantien für Europa –, in den nächsten Jahren noch so bleiben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir in die Achtzigerjahre. In den Achtzigerjahren waren wir massiv von der Sowjetunion, vom Warschauer Pakt, vom Kommunismus bedroht. Wir haben damals mit dem NATO-Doppelbeschluss gezeigt, dass wir uns entschlossen gegen diese Angriffe zur Wehr setzen, die nur auf virtuellem Raum und nur in einer Bedrohung des Kalten Krieges bestanden. Wir haben es durch gemeinsame Kraftanstrengungen, durch den NATO-Doppelbeschluss, durch die Nach-

rüstung, durch eine konsequente Haltung gegenüber dem Ostblock geschafft, dass der Eiserne Vorhang fällt und der Sowjetkommunismus zusammenbricht.

Momentan muss man genau die gegenteilige Befürchtung haben. Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt. Und was ist unsere Reaktion? – Ein Bundeskanzler, der im Februar 2022 die Zeitenwende ausruft. Aber was waren die Rückmeldungen am Wochenende aus der Generalität? – Wir stehen schlechter da als im Februar 2022. Wir haben gegenüber dem russischen Aggressor in Europa an Boden verloren. Kann das die Antwort sein? Ist das verantwortungsvolle Politik für unsere Bürger? – Nein, ist es nicht. Wir haben im Inneren wie im Äußeren die Sicherheit der Menschen zu garantieren. Wir müssen auf allen Ebenen besser werden, um den Herausforderungen der nächsten Jahre, der Zukunft gerecht zu werden.

Erstens. Wir brauchen eine Verteidigungsbereitschaft. Uns hilft die beste Waffe nicht, wenn die Mehrheit der Menschen in diesem Land sagt: So what? – Wir brauchen die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes und des Bündnisses. Deswegen haben wir in Bayern, lieber Staatsminister Florian Herrmann, ein Bundeswehrgesetz auf den Weg gebracht, das genau diese Zielsetzung verfolgt.

Wir fordern den Bund und die anderen Länder auf, dass sie es uns gleich tun und dass dieses Bundeswehrgesetz in anderen Ländern so übernommen wird. Ich weiß, dass Verteidigungsminister Pistorius in diese Richtung denkt. Aber er ist eben Bundesverteidigungsminister und nicht Verteidigungsminister in den Ländern.

Zweitens. Wir müssen wesentlich mehr Geld für Verteidigung in die Hand nehmen, und zwar mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts. Mindestens! Das wird möglicherweise gar nicht ausreichen. Die einen stellen auf Kriegswirtschaft um, und wir – auch das ein Zitat – werden dann auf Kriegswirtschaft umstellen, wenn das gesamte Baltikum russisch ist. – Das kann es nicht sein. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass die Amerikaner 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben, während wir uns mit 2 % und weniger zufriedengeben.

Drittens. Dieser Appell geht an die USA: Wir müssen das transatlantische Bündnis stärken. Gerade wenn so kritische bis verstörende Kommentare aus Washington kommen, gibt es nur eine Antwort: Wir müssen stark sein. Wir müssen selber stark sein, dann werden wir international von unseren Gegnern und unseren Freunden respektiert.

Deswegen geht unser Appell auch an die Vereinigten Staaten, die Militärbasen, die wir hier in Bayern haben, zu stärken, auszubauen und zu halten. Die Amerikaner haben nach dem Ersten Weltkrieg schon einmal den Fehler gemacht, Truppen aus Europa zurückzuziehen. Sie haben es mit dem Zweiten Weltkrieg bitter bezahlt. Das sollte ihnen eine Lehre sein. Aber wir können amerikanische Politik nicht unmittelbar beeinflussen. Wir können nur Appelle senden. Diese Appelle werden umso glaubwürdiger, je besser wir unsere Hausaufgaben machen. – Wir bitten um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Markus Rinderspacher. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir bleiben noch genau 115 Sekunden für eine weltumfassende Fragestellung, mit der sich der Bayerische Landtag heute beschäftigt. Deshalb fasse ich noch einmal kurz zusammen; ich hatte heute bereits die Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen. Vieles von dem, was Herr Kollege Pohl dargestellt hat, ist völlig richtig. Wir stehen vor der Notwendigkeit, dass Europa sich der Herausforderung stellt, sich strategisch eigenständiger aufzustellen und sich aus den Abhängigkeiten von Großmächten in allen möglichen Bereichen – politisch, wirtschaftlich und militärisch – zu entfesseln.

Geben Sie mir Gelegenheit, noch aktuell zu kommentieren, dass ich es für unmöglich halte, wie die Vereinigten Staaten von Amerika mit Blick auf die Lösung in der Ukraine agieren. Das ist dieser großen, stolzen Macht wirklich unwürdig.

(Florian Köhler (AfD): Wahnsinn! Unfassbar!)

Die Ukraine wird zu einer Schachfigur im Machtspiel zweier Großmächte degradiert. Sie darf ebenso wenig wie die betroffenen Europäerinnen und Europäer an den Verhandlungen teilnehmen. – So geht man im transatlantischen Verhältnis nicht miteinander um.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch die öffentlichen Demütigungen des ukrainischen Präsidenten! Zunächst sagt man ihm, ich möchte deine Rohstoffe, hier ist der Vertrag; wenn du nicht unterschreibst, dann hat es Konsequenzen. Das ist eine öffentliche Demütigung. – Der amerikanische Präsident sagt, ich habe da viel Geld hineingesteckt; ich frage mich, wo es eigentlich ist. Er deutet damit an und gibt damit die russische Fake-News-Erzählung weiter, in der Ukraine sei irgendwie Korruption im Spiel.

(Lachen bei der AfD)

Schließlich handelt es sich hier auch um Dilettantismus, was die Verhandlungstaktik angeht: Alle wichtigen Fragestellungen bereits vom Tisch zu räumen, bevor man sich überhaupt an den Tisch setzt, hat mit Verhandlungstaktik offensichtlich nichts zu tun. In der internationalen Politik wird häufig von nützlichen Idioten gesprochen. – Die nützlichen Idioten tragen rote Kappen, sind Multimilliardäre und agieren von Washington aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Maier für die AfD-Fraktion. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat stellen die zwei Dringlichkeitsanträge, die mit dem Nachzieher hier heute zur Debatte stehen, eine Epochenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik dar. Denn die Vereinigten Staaten fordern von der Bundesrepublik Deutschland doch tatsächlich, dass wir für unsere eigene Sicherheit sorgen.

Das Problem ist, dass es nicht in Ihre Köpfe geht, dass Deutschland tatsächlich in der Lage sein sollte, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Das ist das Grundproblem, das in Ihren Anträgen ans Tageslicht kommt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Haben Sie zugehört? – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was haben wir gerade gesagt?)

Man kann das alles nur begreifen, wenn man die Zusammenhänge und Hintergründe insgesamt versteht.

(Zurufe von der CSU: Aha! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Jetzt kommt die Märchenstunde der AfD!)

1945 wurde mit dem Potsdamer Abkommen die Demilitarisierung Deutschlands und der deutschen Gesellschaft beschlossen. Das ist der Zustand, den Sie gerne weiterhin gehabt hätten, bis vor wenigen Wochen die Aussagen der Amerikaner kamen, dass Deutschland wieder eigenständiger werden müsse.

Deutschland hat die Bundeswehr in einer schweren Geburt hervorgebracht. Die Wiederbewaffnung wurde 1951 mit dem Amt Blank vorbereitet. Als Arbeitsgrundlage dafür wurde namentlich die Vermehrung der alliierten Truppen in Europa genommen. Das heißt also: Es gab von Beginn an nichts anderes als eine Armee von Gnaden der US-Amerikaner. Diese Armee hatte keinen eigenständigen Auftrag, sondern hatte nur den Auftrag, die alliierten Truppen in Europa zu vermehren.

Das ging bis 1990 auch relativ gut, da der Auftrag zur Landesverteidigung ein sehr klarer Auftrag war. Mit dem Wegfall dieses klaren Auftrags aber ist die Bundeswehr immer wieder in Erklärungsnöte geraten. Jeder Soldat musste sich immer wieder die Frage stellen: Wofür kämpfen wir?

Wir sehen auch an den Anträgen, dass nicht ganz klar ist, wofür deutsche Soldaten da kämpfen sollen. In den Anträgen steht immer etwas von Werten und davon, dass die transatlantische Partnerschaft im Vordergrund stehen solle. Gleichzeitig wird in Richtung der US-Amerikaner immer wieder kritisiert, dass die Deutschen es überhaupt wagen, hier mehr oder weniger eigenständige Politik einzufordern.

Ich sage Ihnen: Sie haben mit Ihrem Antrag gezeigt, dass Sie nicht in der Lage sind, die neue amerikanische Außenpolitik vollständig zu verstehen.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Erstens. Sie fordern in Ihrem Antrag die Verankerung eines Bundeswehrgesetzes in allen Ländern nach bayerischem Vorbild.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das macht Alice Weidel mit Elon Musk, oder was?)

Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Hochschulinnovationsgesetzen oder dergleichen, mit der Nutzung der technischen Möglichkeiten an den Hochschulen die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr stärken? – Das ist doch alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Übrigen sind die FREIEN WÄHLER die Einzigen, die so etwas fordern können. Sie sind tatsächlich noch in den Landtagen anderer Länder, unter anderem in Rheinland-Pfalz und in Sachsen. Die CSU aber ist ja eine bayerische Regionalpartei. Ich weiß nicht, wie sie überhaupt auf andere Landtage einwirken möchte.

Zweitens. Sie sprechen davon, dass Sie unbedingt die US-Standorte in Deutschland bzw. in Bayern stärken wollen. – Ich stelle mir da die Frage, warum in dem Antrag

nicht steht, dass Sie die Bundeswehrstandorte hier in Bayern stärken wollen. Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass alle Bundeswehrstandorte erhalten bleiben, sondern legen den Fokus nur auf die US-Stützpunkte?

Drittens. Der nächste Punkt ist die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts. – Das ist eine schöne Forderung. Man sollte sie aber nicht nur an den Prozenten, sondern auch daran festmachen, inwieweit Deutschland tatsächlich verteidigungsfähig ist.

Wir als AfD stehen von Beginn an für die Verteidigungsfähigkeit, für die Wehrhaftigkeit und den Verteidigungswillen unseres Landes, den man bei allen anderen Parteien vor dem Jahr 2022 nicht ausreichend bemerkt hat. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass Deutschland hier eigenständig ist.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Aha, mit Gaskäufen!)

Gehen wir noch einmal auf die Konsequenzen aus der Münchner Sicherheitskonferenz ein. Genau genommen gibt es aus den Forderungen des Vizepräsidenten zwei Konsequenzen.

Erstens. Das Wichtigste, was die Europäer zu tun haben, ist die Verteidigung der Meinungsfreiheit in Europa.

Zweitens. Zusammenarbeit mit der AfD.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christoph Maier (AfD): Das bedeutet das Einreißen dieser elendigen Brandmauer. – Das sind die Konsequenzen aus der Münchner Sicherheitskonferenz. Doch diese haben Sie in Ihren Anträgen nicht richtig ausgeführt.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte gerade noch am Rednerpult. – Ich erteile dem Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Erste Frage. Sie kennen also – im Gegensatz zu uns – die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten? Kompliment dafür, dass Sie so gut mit der neuen Administration vernetzt sind. Das erklärt auch das eine oder andere Zitat.

(Heiterkeit bei der AfD)

Zweite Frage. Erklären Sie uns einmal, was es einem Menschen in der Ukraine, der durch den Angriffskrieg der Russen um sein Leben bangen muss, hilft, wenn wir hier um Meinungsfreiheit und Brandmauern in der internationalen Sicherheitspolitik diskutieren.

Dritte Frage. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Stärkung aller bayerischen Bundeswehrstandorte – insbesondere von Lechfeld und Kaufbeuren – explizit in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Maier.

Christoph Maier (AfD): Das waren die letzten Versuche, etwas richtigzustellen, was nicht mehr richtigzustellen ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das gilt für Sie!)

Fakt ist ganz einfach: Sie haben die Bundeswehr in den letzten Jahrzehnten finanziell ausbluten lassen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir?)

– Mit der CSU zusammen. Sie haben nicht dafür gekämpft, dass die Bundeswehr gestärkt wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Krampf!)

Sie haben auch die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Diese Lügen sind mal wieder für TikTok? – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben den Wehrdienst abgeschafft?)

– Es war die CSU, die die Wehrpflicht in Deutschland in der jetzigen Form abgeschafft hat. Insofern ist es nur eine Verdrehung der Tatsachen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das tun Sie gerade!)

wenn Sie uns vorwerfen, wir würden mit der US-Administration weitergehende Pläne schmieden.

Fakt ist doch, dass Sie keinen Plan haben, wie mit der Ukraine verfahren werden sollte.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Was ist Ihr Plan? Russland stärken?)

Sie stehen jetzt vor der Tatsache, dass Ihr Wertegebäude, das Sie die letzten zwei Jahre aufgebaut haben, in sich zusammenfällt, weil die US-Amerikaner eben von heute auf morgen andere Interessen verfolgen. Ich kann Ihnen daher nur raten, sich einfach der neuen Lage anzupassen und den Landtag nicht mit so veralteten Anträgen zu belasten.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Sie haben das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen! Die Rede von J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz kann man guten Gewissens als historisch bezeichnen.

Sie ist historisch, weil sie die Grundlage unserer transatlantischen Zusammenarbeit massiv in Frage stellt, ganz nach dem Motto: Kümmert ihr euch um eure Probleme doch alleine. – Damit reiht sich Vance ganz klar in die Agenda von Donald Trump ein, die Trump seit seinem Amtsantritt verfolgt. Er denkt über Grenzverschiebungen nach, stellt Zölle und Handelsbeschränkungen über multilaterale Abkommen und kündigt internationale Zusammenarbeit auf.

So schwer es auch sein mag: Wir müssen uns mit diesen neuen Realitäten, die wir spätestens auf der Münchner Sicherheitskonferenz ganz klar artikuliert bekommen haben, ernsthaft auseinandersetzen. Wir – Deutschland, Europa – müssen unsere Hausaufgaben machen und unsere Freiheit und unsere Sicherheit auch selbst und unabhängig vom Goodwill der USA besser schützen. Im Zweifel muss Europa auch die Fähigkeiten und Fertigkeiten haben, Aggressionen selbst abwehren zu können oder – besser noch – für die notwendige Abschreckung zu sorgen.

Sich den Realitäten zu stellen, bedeutet am Ende eben auch, die notwendigen Entscheidungen dafür zu treffen. Dazu gehören – dies insbesondere in Richtung der SPD-Fraktion – natürlich auch die finanziellen Mittel und Möglichkeiten. Da ist es falsch, über Zahlen Diskussionen zu führen. Am Ende geht es nicht um die Frage, ob es 2,5 %, 3 % oder 3,5 % sind. Es geht am Ende um die Frage: Was ist das Notwendige, um unsere Verteidigungsfähigkeiten sicherzustellen? Es geht am Ende um die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bundeswehr. Da ist es dann egal, ob die Zahl etwas größer oder etwas kleiner ist.

Die 3 %, die ihr in dem Antrag fordert, sind nicht der Grund, warum wir nicht zustimmen werden. Wir werden auch nicht ablehnen. Wir werden uns enthalten, weil ihr von den FREIEN WÄHLERN und der CSU mit dem bayerischen Bundeswehrgesetz höchstwahrscheinlich gegen die Wissenschaftsfreiheit verstößt. Darüber haben wir in der Debatte hier intensiv diskutiert. Dann in Klein-Klein 16 kleine Bundeswehrgesetze in 16 Bundesländern zu fordern, ist nicht das, was wir brauchen. Wir brauchen

eine große Reform der europäischen Verteidigungspolitik. Da ist Ihre Parteikollegin Ursula von der Leyen schon deutlich weiter.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sie hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz einiges angesprochen, was verändert werden muss. Entsprechend werden wir uns bei diesem Antrag enthalten und bitten darum, uns auf Bundesebene um eine große Reform der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Donald Trump ist immer für eine Überraschung gut, auch mit seinem Vizepräsidenten J.D. Vance, der mehr oder weniger verkündet hat, dass die USA vielleicht kein Weltpolizist mehr sein möchten und kein Teamwork mehr mit der Europäischen Union eingehen wollen.

Was erleben wir in der Folge? – Europa sucht seine neue Rolle in der Welt. Ich sage an dieser Stelle: Wir in Deutschland und in Europa sind weder auf die Wiederwahl von Donald Trump vorbereitet gewesen, noch sind wir es jetzt auf seine neuesten Warnungen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Es fehlt bei diesem Thema Sicherheit und Verteidigung leider an Entschlossenheit und Geschlossenheit. Deswegen sagen wir heute: Deutschland muss sich wieder verteidigungsfähig aufstellen; denn die Botschaft von den USA, die an die NATO, an Europa und an Deutschland gerichtet wurde, dürfen wir nicht überhören: Kümmert euch um

eure eigene Sicherheit! – Der Präsident der Ukraine, Selenskyj, sagt: Trump mag keine schwachen Freunde. Trump respektiert nur Stärke. – Da müssen wir letztendlich wieder hinkommen.

Lieber Kollege Pohl, du warst ja auch mit dabei bei der einen oder anderen Panelveranstaltung der MSC. Wir haben uns dort getroffen. Wir sollten nicht aus dem Auge verlieren, dass dort seit vielen Jahren sicherheits- und verteidigungsmäßig die Forderung erhoben wird, uns besser aufzustellen. Dort wird das ganz klar gesagt und propagiert. Es wird aber auch gesagt – das ist meistens der zweite Satz, manchmal schon vom Moderator – als Running Gag von langjährigen Teilnehmern eher mit Sarkasmus behaftet: Wir müssen auch endlich ins Machen kommen. – Das ist entscheidend. Das wird ganz unverblümt gesagt.

Dieses Selbstversprechen, das wir uns in Deutschland, aber auch in Europa geben, gilt seit vielen Jahren. Aber die Umsetzung ist leider ausgeblieben. Dabei wissen wir doch eigentlich ganz genau, dass es Sicherheit nur durch Stärke geben kann. Das hat Humboldt schon vor über 200 Jahren gewusst.

Deshalb ganz klar: Die Probleme zu ignorieren, war noch nie eine gute Taktik. Die Zeitenwende darf nicht nur eine Worthülse sein. Wir brauchen entschlossenes Handeln im Großen wie im Kleinen. Von der Zeitenwende zu reden, ist das eine, die Zeitenwende aktiv einzuleiten, ist das andere. Von unserer Seite darum ganz klar: Die Bundeswehr muss vollständig ausgestattet und finanziert werden. Das transatlantische Bündnis muss gestärkt, aber auch weiterhin gepflegt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was die Finanzierung betrifft: Da kursieren wahnsinnig viele Zahlen: 2 %, 3 %, 3,5 % jetzt von den GRÜNEN, 5 % von Trump. Wer bietet mehr? Wie dem auch sei. Das Grundgesetz sagt schlicht und ergreifend: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf." Das gilt es auszugestalten, und es gilt, den Fokus darauf zu legen. Die Bundes-

wehr muss langfristig und dauerhaft mit einer entsprechenden Prioritätensetzung im Bundeshaushalt Planungssicherheit bekommen.

Den Einwand von der AfD, dass wir uns jetzt auf die deutschen Standorte konzentrieren müssen, verstehe ich überhaupt nicht. Alle bestehenden Standorte werden gebraucht. Wir haben einen personellen Aufwuchs bei der Bundeswehr, dahin wollen wir doch. Das ist indirekt eine Bestandsgarantie, die wir haben.

Aber ich sage auch: Wir brauchen Planungssicherheit. Das ist gut für die Bundeswehr und gut für die Auftragnehmer in der Industrie und in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Das Zwei-Prozent-Ziel wird aktuell nur durch haushälterische Tricks wie das Sondervermögen erreicht. Verteidigungsbereit wird unsere Bundeswehr aber dadurch nicht so, wie wir es eigentlich bräuchten.

Perspektivisch sind sogar 3 % des Bruttoinlandsprodukts notwendig. In den 1980er-Jahren gab es sogar mal 4 % aus dem Kernhaushalt für die Bundeswehr. Nur durch das deutliche Aufwachsen der Verteidigungsausgaben wird Deutschland seine Bündnisverpflichtungen erfüllen. Nur so wird Deutschland als großes Land und als starke Volkswirtschaft eine angemessene Rolle in der EU und auch in der NATO einnehmen.

Deshalb müssen wir das transatlantische Bündnis stärken und weiterhin pflegen. Die NATO ist wichtig für die Sicherheit der Mitgliedstaaten. Selbstverständlich ist das, was Vance oder letztendlich auch Trump momentan tun, schwierig. Aber Friedrich Merz hat Vance klargemacht, dass er sich eine Einmischung in den deutschen Wahlkampf verbittet.

(Lachen bei der AfD)

Ich meine, dass es in diesem transatlantischen Bündnis jetzt wichtig ist, kühlen Kopf zu bewahren. Ich glaube nicht, dass wir irgendwo einen Konflikt mit den USA brauchen oder irgendwelche Belehrungen von den USA. Wir müssen die USA davon überzeugen, dass wir unseren Sicherheitsbeitrag leisten werden. Wir sind Partner in ge-

meinsamer Verantwortung und auch auf Augenhöhe. Wie gesagt: die USA nicht belehren, sondern mit unserem ernsthaften Handeln überzeugen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt ganz besonders dann, wenn wir über den Erhalt der US-Stützpunkte reden. Da muss man für die USA sagen, dass Deutschland und Europa für sie interessant sind. Ich glaube, für die US-Soldaten ist es selbstverständlich, dass sie bei uns einen Standort haben, sich wohlfühlen und ein wichtiger Partner für die freundschaftlichen Beziehungen sind. Meine Damen und Herren, da muss die Bundesregierung die Spitze der USA von diesen Vorteilen, von dieser strategischen Bedeutung, die diese Stützpunkte für uns alle in der NATO haben, dauerhaft überzeugen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch zum Gesetz zur Förderung der Bundeswehr. Auch das ist schon angesprochen worden. Auch da haben wir aus meiner Sicht einen beispielhaften Weg eingeschlagen. Es soll zur Blaupause für andere Bundesländer werden. Das bayerische Vorbild muss in allen Bundesländern verankert werden, nicht eins zu eins, aber der Grundgedanke muss da sein. Es geht um technologischen Fortschritt und einen Mentalitätswandel, den wir brauchen. Wir brauchen eine gut ausgebaute Infrastruktur, um eine Drehscheibe sein zu können. Auch solche Dinge wie Werbung auf Straßenbahnen müssen möglich und erlaubt sein, weil es auch darum geht, die Bundeswehr wieder in unserer Gesellschaft zu verankern und an sie heranzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Mentalitätswandel muss sichtbar werden. Wenn Klagen gegen unser Bundeswehrgesetz kommen, ist das das genaue Gegenteil von Zustimmung oder von Mentalitätswandel.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Klagen sind Ausdruck von sicherheitspolitischer Naivität

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

und von ideologischer Verblendung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei den großen Fragen hilft nur ein klarer Blick auf die Realität, ob sie uns nun gefällt oder nicht.

Meine Damen und Herren, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hat einmal gefragt: Wen rufe ich eigentlich an, wenn ich mit Europa sprechen möchte? – Beim scheidenden Bundeskanzler kam wahrscheinlich: Kein Anschluss unter dieser Nummer. – Beim Außenministerium kam wahrscheinlich: Die Teilnehmerin ist vorübergehend nicht erreichbar. – Bei der FDP kam wahrscheinlich: Dauerbelegt, weil permanente Streitigkeiten. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir brauchen in Europa umso mehr einen starken deutschen Bundeskanzler, der abliefert sowie handlungs- und redefähig ist. Das wird Friedrich Merz sein. Deutschland braucht ihn dringender denn je; denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit und keinen Frieden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Fackler von der CSU, dies ist auch Ihr Dringlichkeitsantrag. Hätte es noch eines Beweises bedurft, dass auch die CDU/CSU sehr, sehr schlechte Verbindungen in die USA und nach Osten hat, dann wäre dieser Ihr gerade gebrachtes Zitat. Sie haben gesagt, Sie seien nicht auf die Wahl eines Donald Trump vorbereitet gewesen. Genau das ist es: Sie sind mit der gesamten Union sehr, sehr schlecht vorbereitet gewesen. Dann zitieren Sie noch Alexander von Hum-

boldt. Dieser ist auf seiner fünfjährigen Amerikareise übrigens schon als Wissenschaftler im Weißen Haus bzw. beim Präsidenten eingeladen gewesen. Ihre Unionsleute waren noch nicht einmal fünf Stunden zur Amtseinführung von Trump eingeladen. Es ist eigentlich sehr, sehr bezeichnend, dass mittlerweile die AfD als Oppositionspartei diejenige ist, die gute Verbindung nach Osten und nach Westen hat, und nicht Ihre Union. Insofern muss man sagen, auch bei der Verteidigungsfähigkeit wird es nur mit der AfD möglich sein. Ihre Strategie der Brandmauer auch bei der Verteidigung wird Deutschland nur schaden.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der AfD)

Herr Kollege Fackler, bitte.

Wolfgang Fackler (CSU): Bei Ihnen kommt jetzt wieder ein ganzes Sammelsurium heraus. Wofür die AfD steht, wissen wir schon lange. Sie stehen für die Zersetzung dieses Landes im Inneren.

(Zurufe von der AfD: Uh! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist letztendlich das Problem, das wir haben, weil wir im Land nicht geschlossen sind und weil Sie mit Ihrer Staatsverachtung überall nur dazu beitragen, dass wir schlechte Stimmung im Land haben. Das ist das Hauptproblem! Deswegen muss die AfD raus aus dem Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dieser Münchner Sicherheitskonferenz steht, glaube ich, für alle endgültig fest – um es mit den Worten von Carlo Masala zu sagen –: Der Urlaub von der Geschichte ist zu Ende. Der Urlaub hat ungefähr dreißig Jahre gedauert und basierte auf den Erfolgen der Globalisierung sowie unserer Vorstellung, dass der Westen quasi gewonnen habe, wir am Ende der Geschichte angekommen seien und die Zukunft nur noch für friedliches Miteinander der Nationen und liberale Gesellschaften offen sei. Wir haben nicht erst vor zwei Jahren, sondern eigentlich vor zehn Jahren gemerkt, dass der Urlaub zu Ende geht und wir jetzt auf der einen Seite mit den Kräften, die eine neue Weltordnung erschaffen wollen, und auf der anderen Seite mit komplexen, miteinander eng verwobenen und wechselseitig instrumentalisierten Konflikten, Krisen, Kriegen und anderen Schwerpunktsetzungen, vor allem denen der Vereinigten Staaten, konfrontiert sind. Dies ist nicht erst seit der Trump-Administration die Strategie der Vereinigten Staaten – was diejenigen, die sich auskennen, wissen –, sondern schon länger, spätestens seit Obama, um mit der erstarkenden und mit großem Anspruch voranschreitenden Großmacht China zurechtzukommen und sich deshalb mehr um den asiatisch-pazifischen Raum zu kümmern, weil China dort als echte Bedrohung angesehen wird.

Deshalb ergeht der Hinweis an Europa, sich mehr um die eigene Sicherheit zu kümmern. Fakt ist: Wer bei der Münchner Sicherheitskonferenz das eine oder andere Panel gehört hat, hat vier oder fünf verschiedene Zitate früherer US-Präsidenten gehört, nicht nur von Trump, sondern auch von Kennedy, Eisenhower und allen Präsidenten seit 1949, seit es die NATO gibt, die mit unterschiedlichen Worten, aber gleichem Inhalt immer darauf hingewiesen haben, dass die Europäer mehr tun müssen. Fakt ist auch, dass die Amerikaner heute zwei Drittel der Gesamtkosten der NATO tragen und die anderen 31 Staaten der NATO ein Drittel. Alle, die sich auskennen, weisen schon seit Längerem darauf hin, dass dies bei einer aufwachsenden Bedrohung durch China auf Dauer nicht funktioniert.

Deshalb ist die Münchner Sicherheitskonferenz, glaube ich, der Endpunkt des Daraufhinweisens. Wir müssten jetzt einmal damit beginnen, aus der reinen Empörungsrhetorik über die eine oder andere Rede oder Mitleids- und Bedauernsrhetorik ins Handeln zu kommen und ernst zu machen mit dem, was von uns historisch verlangt wird. Dies kam durch die beiden Reden von Vance auf der einen Seite und Selenskyj auf der anderen Seite und in dieser Kombination auch besonders deutlich zum Ausdruck. Man kann viel an der Rede von Vance kritisieren. Man kann darüber hinwegsehen, dass er sich in unseren Wahlkampf eingemischt hat; denn – liebe GRÜNE, das sage ich in eure Richtung – wer sich zehn Jahre lang in die innenpolitischen Fragen der Amerikaner einmischt und im letzten Präsidentschaftswahlkampf sogar mit eigenen Leuten Haustürwahlkampf in Amerika betrieben hat,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

liebe Kolleginnen und Kollegen, darf sich nicht wundern, wenn er dafür irgendwann einmal eine Retourkutsche bekommt. Das finde ich nicht so problematisch. Problematischer ist natürlich sein Verständnis von Meinungsfreiheit, diese Vermischung von Meinungsfreiheit auf der einen Seite und den Grenzen der Meinungsfreiheit auf der anderen Seite.

(Lachen bei der AfD)

– Hier wundert mich das Gelächter von der rechten Seite nicht, weil Sie offenbar ein ähnliches Verständnis davon haben. Unser Verständnis ist aber nach wie vor, dass in einem Rechtsstaat die Grenzen der eigenen Freiheit immer die Grenzen und die Freiheit des Andersdenkenden sind und dass wir vor allem die Rechte anderer Menschen zu wahren haben. Das heißt, wir haben keinen totalen Wildwuchs, wie wir miteinander umgehen. Allein die Tatsache, wie Sie sich immer aufregen, wenn hier manchmal bestimmte Begriffe über Sie geprägt werden, zeigt, dass es offenbar schon etwas auslöst. Es gibt Grenzen des Strafrechts bei Beleidigung und übler Nachrede, die von der Meinungsfreiheit nicht mehr gedeckt sind. Das ist so in einem Rechtsstaat, und ich

finde, das muss man auch verteidigen und nicht in eine Schwurbel-Argumentation hineinkommen, dies sei eine Art Zensur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das halte ich für wichtig, wenngleich ich – das habe ich an der Stelle schon öfter gesagt, die Diagnose ist nicht für völlig verkehrt – zugeben muss, dass die Diskursräume in unserer Gesellschaft durch Woke-Denken, Sprechverbote und Cancel Culture eingeengt werden.

(Zuruf von der AfD: Rechtspopulistisch!)

Das sind aber gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die wir führen müssen. Das hat nichts mit dem Staat zu tun, weil der Staat es nicht verbietet. Das muss man sehr deutlich unterscheiden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kombination dieser beiden Reden war, wie ich finde, sehr eindringlich. Unsere Aufgabe wäre es, sich weniger zu empören, sondern zuzuhören, was uns die unterschiedlichen Akteure aus Amerika von der Administration, aber auch aus dem Kongress mitteilen wollen. Es nützt nichts, immer nur reflexartig dagegenzuhalten, weil es vielleicht von den falschen Leuten kommt. Das kann schon sein, ist aber die Realität. Deshalb sollte man zuhören, um was es eigentlich geht, und handeln. Das bedeutet, die NATO und unser Zusammenwirken in Europa zu stärken.

Fakt ist auch: Europa ist stark, wenn wir einig sind. Das, glaube ich, ist völlig klar. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass wir weltweit weniger werden. Anfang des letzten Jahrhunderts machten die Europäer 25 % der Weltbevölkerung aus. Am Ende dieses Jahrhunderts werden es gerade noch 5 oder 7 % sein. Wir können zahlenmäßig aber immer noch gut mit Amerika und anderen mithalten. Das heißt, wenn wir einig sind, sind wir eine Macht. Es geht darum, diese Einigkeit herbeizuführen.

Dies war heute erfreulicherweise in den meisten Reden Konsens, auch im vorherigen Dringlichkeitsantrag, auch von den GRÜNEN und der SPD. Ich muss jedoch sagen: Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Vor allem bei Rot und Grün gibt es, wenn man die Worte mit der Realität der letzten drei oder eigentlich zehn Jahre vergleicht, viele, viele Lippenbekenntnisse. Man kann nur hoffen, dass sich das jetzt ändert. Ich sage nur: 2016 hat die SPD hier im Haus CETA abgelehnt. Im Jahr 2020 haben die GRÜNEN immer noch Mercosur abgelehnt. Das Thema Drohnen ist ein Trauerspiel. Die Drohnen sind ein Musterbeispiel für die Doppelzüngigkeit der SPD und der GRÜNEN in den letzten zehn Jahren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in der Bundeswehr genau fünf bewaffnungsfähige Drohnen aus Israel, meine Damen und Herren, die geleast sind. Das ist alles. Das ist für eine Zeitenwende einfach zu wenig; denn wir wissen seit mehreren Jahren und sehen jeden Tag in der Ukraine, wie wichtig Drohnen bei der modernen Art von Kriegsführung und modernen Form von Verteidigung sind. Ohne Drohnen wird es nicht funktionieren.

Deswegen ist es wirklich übel, dass die GRÜNEN und die SPD in den letzten zehn Jahren in Berlin immer dagegen gearbeitet haben – nur Lippenbekenntnisse. Das muss man immer wieder deutlich machen. Zwar ändern sie sich jetzt, das ist aber reichlich spät. In Bayern gibt es Unternehmen – das muss man sich vorstellen –, die perfekte und hochmoderne Drohnen herstellen. Diese werden derzeit zum Wohl der Ukraine in der Ukraine und von der Ukraine eingesetzt – nicht von der Bundeswehr. Das zeigt: Die Missstände in diesem Bereich muss man dringend angehen. Ich halte es für notwendig, das zu tun. Sonst wird uns alles, was unter der großen Überschrift "Zeitenwende" steht, nicht gelingen. Deshalb müssen wir die Zeitenwende ernst nehmen. Wir dürfen nicht weiter die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie blockieren.

Kürzlich gab es eine große Runde im Wirtschaftsministerium, an der Kollegen teilgenommen haben. Dort wurde sehr deutlich, dass die Hemmnisse, die über die letzten

Jahre aufgebaut wurden, der Zeit nicht angemessen sind. Es geht nicht, dass am Ende Produkte am liebsten nur dann gekauft werden, wenn keine industriellen Anteile aus Deutschland enthalten sind; ansonsten gelten unsere Exportkontrollnormen. Das führt dazu, dass am Ende nichts exportiert werden kann und alles doppelt und dreimal so lang dauert.

An dieser Stelle sind wir wirklich gefordert. Für uns ist das eine ganz zentrale Position, die eigene Sicherheit in die Hände zu nehmen und in Europa stärker zu werden. Deshalb danke ich Herrn Kollegen Pohl und Herrn Kollegen Fackler für diesen Antrag, der noch einmal die Positionen der beiden Fraktionen und auch der Staatsregierung sehr gut auf den Punkt bringt.

In dieser Woche hat der Ministerpräsident den Masterplan mit zehn Punkten veröffentlicht, die ich jetzt nicht ausführen möchte. Die wichtigsten Aspekte sind die Stärkung von Personal, Munition und Ausstattung. Diese zehn Punkte sind äußerst wichtig.

Selbstverständlich legen wir Wert auf unsere Standorte, sowohl auf die amerikanischen als auch auf die deutschen; das ist überhaupt keine Frage. Bayern hat sich an dieser Stelle noch nie etwas zuschulden kommen lassen – ganz im Gegenteil. Jeder, der eine Einheit zu führen hat und in einer Einheit stationiert ist, die in Bayern liegt, ist froh darum. In anderen Teilen Deutschlands, in denen andere Parteien regieren, beispielsweise Rot oder Grün, ist das im Hinblick auf den Einsatz der Regierung für die Standorte und den Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten nicht der Fall.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle braucht es keine Belehrungen. Das alles bringt der Antrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sehr gut auf den Punkt. Das ist ein exzellenter Antrag. Deshalb werde ich zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Florian Köhler von der AfD-Fraktion das Wort.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben gerade die Grenzen der Meinungsfreiheit im Hinblick auf Beleidigungen und Verleumdungen aufgezeigt. Wenn man in Bayern die satirische Meinung, dass Robert Habeck ein Schwachkopf sei, online postet, bekommt man eine Hausdurchsuchung. Mich würde schon interessieren, ob Sie es mit der Verteidigung der Meinungsfreiheit ernst meinen. Sind das für Sie leere Worthülsen? Darf man behaupten, dass Robert Habeck ein Schwachkopf ist?

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ich nehme an, Robert Habeck wird heute noch einen Post absetzen, in dem er die Schützenhilfe von Ihnen zurückweist. Das nehme ich einmal an. Abgesehen davon geht es bei der Meinungsfreiheit immer darum, die Grenzen der Rechte des anderen nicht zu überschreiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das hat etwas mit dem liberalen Verständnis von unserer Gesellschaft zu tun. Es passt nicht zu dieser Art von liberalem Verständnis von Meinungsfreiheit, wenn durch Hass und Hetze und durch Beleidigungen Leute daran gehindert werden, ihre Meinung zu äußern. Zum liberalen Verständnis von Meinungsfreiheit passt es auch nicht, wenn Menschen durch Cancel Culture und durch Diskreditierung daran gehindert werden, ihre Meinung zu äußern. Das alles verengt Diskursräume. Nach meiner Vorstellung von Meinungsfreiheit kann jeder das sagen, was er für richtig hält. Am Ende des

Diskurses sollte die beste und sinnvollste Lösung im Sinne von Habermas herausgearbeitet werden: der zwanglose Zwang des besseren Arguments.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das ist der Kern unserer liberalen Ordnung im Grundgesetz. In Einzelfällen kann es durchaus sein, dass die Grenzen überschritten werden, wenn man nämlich jemand anderen beleidigt. Es gibt unterschiedliche Formen von Beleidigungen; die Juristen wissen das. Es gibt üble Nachrede, es gibt Hetze und es gibt die Hassrede. Es gibt aber auch andere Arten, mit denen man Menschen davon abbringt, sich zu äußern, weil man ihnen körperlich zusetzt oder sie irgendwie anders unter Druck setzt oder sie einschüchtert. Wenn das Ganze ein bestimmtes Maß erreicht hat, schreitet auch die Staatsanwaltschaft ein. Wenn es reicht, verurteilt auch ein Gericht oder ordnet ein unabhängiges Gericht eine Hausdurchsuchung an. Den Einzelfall kann ich nicht beurteilen, weil ich die Akten nicht kenne. Wenn ein unabhängiges Gericht eine Hausdurchsuchung beschließt, würde ich immer unterstellen, dass die Fakten, die dazu geführt haben, ausreichend sind. Ich würde auch davon ausgehen, dass es sich bei demjenigen, den das betrifft, nicht um ein unschuldiges Lamm handelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung hat der Kollege Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Staatsminister, Sie hatten Mercosur erwähnt. Erstens wollte ich Sie nur kurz darüber informieren, dass die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der Christlich-Sozialen Union Mercosur gestern im Europaausschuss abgelehnt haben, unseren Bekenntnisantrag. Es sind überwiegend auch konservative Abgeordnete im Europaparlament, die Mercosur immer wieder sehr skeptisch beurteilen. Auch der stellvertretende Ministerpräsident hat bei der Anhörung erst vor vier Wochen seine Skepsis sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Zweitens haben Sie deutlich gemacht, dass Rüstungsunternehmen immer wieder Steine in den Weg gelegt werden. Ich möchte Sie daran erinnern, dass ausgerechnet die Bayerische Landesbank keine Rüstungsfinanzierung vornimmt, ausgeschlossen im Corporate Responsibility Report der Bank. Ausgerechnet die bayerische Staatsbank möchte keine Finanzierung für Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, Hensoldt oder Renk übernehmen. Vielleicht könnte man in der Staatsregierung auch darüber einmal nachdenken.

Vielleicht werden wir demnächst auch die Gelegenheit haben, über den Epochenbruch zu reden. Leider ist meine Redezeit schon zu Ende. Offenbar hat Amerika die Fahnen von Freiheit und Demokratie gewechselt – dafür standen sie 80 Jahre lang auf dem europäischen Kontinent –, hin zu Unfreiheit und Autoritarismus an der Seite Wladimir Putins. Da ist ein Playbook, das dahintersteht.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Den letzten Punkt halte ich für ein sehr spannendes Thema, über das man aber aus meiner Sicht in Ruhe reden muss. Ich glaube, es ist nicht besonders ratsam, diese Punkte immer auf offener Bühne auszutragen, wenn man diplomatisch unterwegs ist. Es ist die Entscheidung der Amerikanerinnen und Amerikaner, wen sie zum Präsidenten und zu ihrer Regierung wählen. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Das wünschen wir uns übrigens auch. Das möchten wir auch so. Wir halten es auch für richtig, Politik zu machen, die ein Großteil der Bevölkerung für richtig hält.

Ich halte es durchaus für überlegenswert, über die Frage der Ausrichtung dieser Außenpolitik zu philosophieren oder sich historische Gedanken zu machen. Zwar kommen die Aussagen von Trump teilweise komisch daher, aber er meint sie durchaus ernst. Damit muss man sich auseinandersetzen und die eigene Politik darauf einstellen. Das Thema, über das wir heute diskutieren, ist ein Beispiel dafür.

Der andere Punkt betrifft die Ablehnung des Mercosur-Antrags. Das weiß ich jetzt nicht, aber das war bestimmt ein ganz schlechter Antrag.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen mehr denn je auf Freihandel und Multilateralität. Freihandel ist absolut wichtig. Das heißt nicht, dass man immer in jedem Detail mit allem übereinstimmt, aber grundsätzlich geht es darum, den Freihandel voranzutreiben. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Welt davon mehr profitiert als von der Isolation.

Die Rüstungseinschränkungen sind uns natürlich bekannt. Ich weiß auch, dass die Landesbank die eigene Politik im Rahmen dessen, was möglich ist, geändert hat, um mehr Geld zur Finanzierung zur Verfügung stellen zu können. Das zeigt nur, dass Taxonomie und Green Deal Irrwege sind, ein europäischer Holzweg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere zulässige Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/5003 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5025 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/5004 und 19/5005 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.